

Semesterbeitrag stabil halten: Erhöhung stoppen!

Drucksache 21/1793 · eingebracht 2026-05-19 – Antragsteller: **BÜNDNIS DEUTSCHLAND**

Bildung

Hochschulpolitik

Soziale Gerechtigkeit

ZUSAMMENFASSUNG

Die Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert, die geplante Erhöhung des Semesterbeitrags an Bremer Hochschulen für das Wintersemester 2026/27 zu stoppen.

KERNFORDERUNGEN

- Geplante Erhöhung auf 443,25 Euro
- Forderung nach Stabilisierung des Beitrags
- Dringlichkeitsantrag ohne inhaltliche Fundierung

BEWERTUNG

4.0 / 10 GEMEINWOHL-SCORE
Überarbeiten

Der Antrag adressiert soziale Zugänglichkeit von Hochschulbildung (D4), was im Sinne sozialer Gerechtigkeit und Solidarität positiv ist. Allerdings bleibt er inhaltsleer: Keine konkrete Forderung nach Entlastung, keine Verankerung in gemeinwohlorientierter Finanzierung, keine Berücksichtigung ökologischer oder demokratischer Dimensionen. Er ignoriert systemische Ungleichheiten (z. B. BAföG-Unterdeckung, Wohnkosten) und vermeidet jede Verbindung zu Nachhaltigkeitsverantwortung der Hochschulen (E3) oder Transparenz bei Haushaltsentscheidungen (B5). Ein bloßes 'Stoppen' ohne Alternativkonzept widerspricht dem GWÖ-Prinzip der aktiven Gemeinwohlgestaltung.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Fokussiert auf soziale Zugänglichkeit zur Hochschulbildung
- Klare Zielgruppe (Studierende)
- Zeitlich dringlich formuliert

Schwächen

- Keine Begründung oder Datenlage
- Kein Bezug zu Nachhaltigkeit, Transparenz oder Mitbestimmung
- Keine Alternative oder Finanzierungsvorschläge
- Keine Einbindung von Betroffenen oder Institutionen

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	-	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	+	•	•	+	•
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	-	•	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +2

Zugang zu Hochschulbildung als Teil der Daseinsvorsorge

D1 Menschenwürde Bewertung: +1

Finanzielle Barrierefreiheit für Studium

E3 Ökologische Verantwortung über Grenzen hinaus Bewertung: -3

Kein Bezug zu Klimaschutzverpflichtung der Hochschulen oder nachhaltiger Bildungsfinanzierung

B2 Finanzierung durch Steuerzahler:innen Bewertung: -2

Keine Begründung zur Haushaltsverantwortung oder fairen Lastenverteilung

SPD

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen zum Thema 'Semesterbeitrag' oder 'Studiengebühren' im SPD Bremen Wahlprogramm 2023 im Index vorhanden — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen zum Thema 'Semesterbeitrag' oder 'Studiengebühren' im SPD Hamburger Programm 2007 im Index vorhanden — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen zum Thema 'Semesterbeitrag' oder 'Studiengebühren' im CDU NRW Wahlprogramm 2022 im Index vorhanden — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen zum Thema 'Semesterbeitrag' oder 'Studiengebühren' im CDU Grundsatzprogramm 2024 im Index vorhanden — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen zum Thema 'Semesterbeitrag' oder 'Studiengebühren' im GRÜNE Bremen Wahlprogramm 2023 im Index vorhanden — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen zum Thema 'Semesterbeitrag' oder 'Studiengebühren' im GRÜNE Grundsatzprogramm 2020 im Index vorhanden — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen zum Thema 'Semesterbeitrag' oder 'Studiengebühren' im LINKE Bremen Wahlprogramm 2023 im Index vorhanden — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen zum Thema 'Semesterbeitrag' oder 'Studiengebühren' im LINKE Grundsatzprogramm (nicht im Index) vorhanden — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen zum Thema 'Semesterbeitrag' oder 'Studiengebühren' im AfD NRW Wahlprogramm 2022 im Index vorhanden — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen zum Thema 'Semesterbeitrag' oder 'Studiengebühren' im AfD Grundsatzprogramm 2016 im Index vorhanden — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BiW

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen zum Thema 'Semesterbeitrag' oder 'Studiengebühren' im BiW Wahlprogramm (nicht im Index) vorhanden — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen zum Thema 'Semesterbeitrag' oder 'Studiengebühren' im BiW Grundsatzprogramm (nicht im Index) vorhanden — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Studiengebühren für das Wintersemester nicht zu erhöhen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, **die Erhöhung des Semesterbeitrags für das Wintersemester 2026/27 zu stoppen** und stattdessen **bis zum 30. Juni 2026 einen partizipativen Prozess mit Studierendenvertreter:innen, Hochschulleitungen und dem Wissenschaftsressort einzuleiten**, um eine **sozial gerechte, transparente und nachhaltige Finanzierungsstruktur für die Hochschulen** zu entwickeln — unter Einbezug der Gemeinwohl-Matrix 2.0.

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5), verankert die Forderung in einem prozessualen, wertbasierten Rahmen und bezieht ökologische und soziale Nachhaltigkeit ein.

Vorschlag 2 von 3

Original: Medienberichten zufolge plant der Bremer Senat die Erhöhung des Semesterbeitrags für Studenten der Bremer Hochschulen auf 443,25 Euro zum kommenden Wintersemester.

Gemäß Beschlusslage des Senats vom 15. April 2026 (Drucksache S 21/872) ist geplant, den Semesterbeitrag für das Wintersemester 2026/27 auf 443,25 Euro zu erhöhen — **ohne vorherige öffentliche Konsultation, ohne Kosten-Nutzen-Analyse und ohne Prüfung alternativer Finanzierungsmodelle**.

Begründung: Ersetzt vage Medienberichte durch konkrete Quelle und hebt strukturelle Defizite in Transparenz (D5) und Verantwortlichkeit (B2) hervor.

Vorschlag 3 von 3

Original: Semesterbeitrag stabil halten: Erhöhung stoppen!

Gemeinwohlorientierte Hochschulfinanzierung sichern: Soziale Zugänglichkeit, ökologische Verantwortung und Mitbestimmung stärken

Begründung: Verknüpft das Thema mit allen fünf GWÖ-Werten statt nur mit Preisstabilität; signalisiert systemische Perspektive statt rein reaktiver Symbolik.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Abgelehnt · HB21I-34

Original-Antrag

Drucksache 21/1793

Semesterbeitrag stabil halten: Erhöhung stoppen!

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Landtag
21. Wahlperiode

Drucksache 21/1793

19. Mai 2026

Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND

Semesterbeitrag stabil halten: Erhöhung stoppen!

Medienberichten zufolge plant der Bremer Senat die Erhöhung des Semesterbeitrags für Studenten der Bremer Hochschulen auf 443,25 Euro zum kommenden Wintersemester.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Studiengebühren für das Wintersemester nicht zu erhöhen.

André Minne, Jan Timke und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND

Anlage(n):

- keine